

## Ä2 Kritische Stellungnahme zur Rundfunkreform 2024

Antragsteller\*in: Maya Erdmann (BSV Rhein-Berg)

### Änderungsantrag zu 8. A5

#### Von Zeile 1 bis 3:

Die LSV NRW stellt fest, dass die geplanten Reformen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) eine erhebliche Einschränkung der journalistischen Vielfalt und Informationsfreiheit bedeuten. Die Entscheidung der Ministerpräsident\*innen, die von der unabhängigen Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) empfohlene Erhöhung des Rundfunkbeitrags nicht umzusetzen, führt zu massiven Einsparungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Dies hat zur Folge, dass der ÖRR nicht nur Sender und Programme abbauen, sondern auch dringend notwendige digitale Entwicklungen einschränken muss.

Die LSV NRW möge beschließen, sich in Form einer Pressemitteilung klar gegen eine Einschränkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auszusprechen und die Ministerpräsident\*innen der Länder aufzufordern, die staatsferne Finanzierung zu sichern und die von der KEF empfohlene Beitragserhöhung von 58 Cent umzusetzen.

Politische Einflussnahme gefährdet die Unabhängigkeit des Rundfunks.

Der ÖRR finanziert sich staatsfern über den Rundfunkbeitrag, der auf Basis der KEF-Berechnungen festgelegt wird. Wenn die Politik diese Finanzierung trotz Bedarfseinschätzung blockiert, wird faktisch in die Programmgestaltung eingegriffen. Dies widerspricht der verfassungsrechtlich garantierten Staatsferne des ÖRR und gefährdet seine Unabhängigkeit.

Die geplanten Reformen bedeuten, dass der ÖRR seine digitalen Angebote nicht weiter ausbauen kann. Gerade junge Menschen informieren sich zunehmend über Online-Plattformen. Ein Abbau öffentlich-rechtlicher Inhalte im Netz würde dazu führen, dass Schüler\*innen auf kostenpflichtige oder qualitativ fragwürdige Alternativen angewiesen wären. Dies würde die Chancengleichheit in der Information massiv einschränken.

In Zeiten wachsenden Populismus ist eine vielfältige und seriöse Berichterstattung essenziell. Wenn öffentlich-rechtliche Inhalte gekürzt und eingeschränkt werden, steigt das Risiko von Desinformation. Besonders für Schüler\*innen, die sich häufig keine kostenpflichtigen Nachrichtenangebote leisten können, ist der freie Zugang zu geprüften Informationen entscheidend für ihre politische Bildung.

~~Die 141. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW sich kritisch zu den geplanten Regelungen der Rundfunkreform 2024, Medienpräsenz des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks einzuschränken, äußert.~~

Die Landesschüler\*innenvertretung NRW sieht es als ihre Aufgabe, sich für eine umfassende politische Bildung und Meinungsfreiheit einzusetzen. Eine Einschränkung des ÖRR würde genau diesem Ziel entgegenwirken. Deshalb fordern wir die Ministerpräsident\*innen der Länder auf, die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu wahren und sicherzustellen, dass eine angemessene Finanzierung für eine zukunftsorientierte Medienlandschaft gewährleistet bleibt.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **Unterstützer\*innen**

Nico Uhrmacher (BSV Leverkusen)